

Datum: 27.02.2019
Medium: Landshuter Zeitung (LZ)
Autor: ku

© 2019 LZ – Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung ohne vorherige Rücksprache ist verboten.

Viel Grund zur Beanstandung

Förderanträge, Besucherzahlen, Kooperationswille: RPA beleuchtet die städtischen Museen

Im Juli ist in der Landshuter Zeitung ein Artikel erschienen, der sich mit der überdurchschnittlich hohen Ablehnungsquote von Förderanträgen befasste, die die städtischen Museen in den letzten zehn Jahren eingereicht hatten. Der Stadtrat hat das Rechnungsprüfungsamt (RPA) daraufhin mit der Prüfung der Förderungen beauftragt. Der entsprechende Bericht wurde am Freitag im Rechnungsprüfungsausschuss vorgestellt. Die LZ beantwortet die wichtigsten Fragen.

1 Worum geht es im Prüfungsbericht?

Der 20-seitige Bericht widmet sich den Förderbeträgen, die die städtischen Museen und das Skulpturenmuseum (das den Museen seit August 2017 untersteht und mittlerweile Koenig-Museum heißt) zwischen 2008 und 2018 eingetriben haben. Im Falle der Museen waren dies öffentliche und private Förderungen in Höhe von insgesamt rund 514000 Euro, beim Skulpturenmuseum in Höhe von rund 77000 Euro. Bezogen auf den Betriebsaufwand seien den Museen damit 21,5 Prozent ihrer Ausstellungskosten gefördert worden, dem Skulpturenmuseum 20,5 Prozent. Außerdem wurden die Synergieeffekte seit der Zusammenlegung der Museen bewertet.

2 Wie viele Förderanträge wurden abgelehnt?

In besagtem Artikel in der *Landshuter Zeitung* war die Rede davon, dass Museumsleiter Franz Niehoff von neun Anträgen vier nicht bewilligt wurden (Ablehnungsquote: 44 Prozent; bayernweit: 4,2 Prozent im Jahr 2018). Niehoff selbst sprach daraufhin von drei Ablehnungen, was ihm von der Regierung von Niederbayern auch bestätigt worden sei. Das Rechnungsprüfungsamt wiederum schreibt, dass von zehn Förderanträgen fünf abgelehnt worden seien. Als Auffälligkeit vermerkt das RPA, dass das Skulpturenmuseum Anträge an verschiedene Fördergeber stellte, die alle erfolgreich gewesen seien, wohingegen die städtischen Museen ausschließlich aus dem Kulturfonds Bayern Förderungen bekamen, die über die Regierung von Niederbayern zu beantragen sind.



Franz Niehoff, Leiter der städtischen Museen (links), und Robert Hentschel, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes.



Fotos: cv, sj

3 Warum wurde das Projekt „Koenig“ nicht gefördert?

Zuletzt wurde die Förderung des von Niehoff kuratierten Ausstellungsprojekts „Koenig“ abgelehnt. Dies lag einerseits daran, dass mit dem Projekt vor der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn begonnen wurde. Laut Ministerium konnte darüber hinaus aber auch Niehoffs Konzept nicht überzeugen. „Trotz Nachbesserungsversuchen.“

4 Wie wurde das Landshut-Museum bewertet?

Auch hier kam die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen hinsichtlich der Förderung der Eröffnungsausstellung im Dezember 2016 zu einem negativen Ergebnis. Da die Bausanierung erst im Oktober abgeschlossen war, bestanden große Bedenken hinsichtlich der klimatischen und konservatorischen Bedingungen. Unwirtschaftliche Lösungen, wie die Anschaffung teurer Klimavitrinen, waren befürchtet worden. Tatsächlich wurden im Jahr 2016 Vitrinen zum Bruttopreis von 225000 Euro angeschafft. Bezüglich der Ausstellung im Landshut-Museum wies die Landesstelle darauf hin, dass es „nicht den Maßstäben einer professionellen Museumsarbeit“ entspreche, die Ausstellung ohne Gestalter oder Fachplaner durchzuführen.

Mit Niehoff habe man sich zwar 2015 auf die Einschaltung eines Ausstellungsgestalters geeinigt, „aufseiten der Stadt“ sei man dann aber wieder von dieser Vereinbarung abgewichen. Die Regierung von Niederbayern hat dennoch eine Förderung der Eröffnungsausstellung aus Kulturfonds-Mitteln in Höhe von 180000 Euro bewilligt.

5 Ist an Niehoffs Anträgen formal etwas auszusetzen?

Laut Landesstelle: ja. Mehrmals sei bezüglich der Ausstellung im Landshut-Museum darauf hingewiesen worden, dass von den städtischen Museen Fördermittel aus dem Kulturfonds beantragt wurden, der allerdings nur Wechselausstellungen fördern könne. Dies, so das RPA, könne bis zur Rückforderung von Fördermitteln führen.

6 Wie bewertet das RPA die Besucherzahlen der Museen?

Die von Franz Niehoff genannten Besucherzahlen im Jahr 2018 bewertet das RPA vor dem Hintergrund, ob man Eintritt verlangen solle oder nicht. So habe Niehoff im Oktober im Kultursenat erwähnt, dass innerhalb eines halben Jahres mehr als 50000 Besucher die Heiliggeistkirche (rund 36700), das Landshut-Museum (rund 7800) und das Skulpturenmuseum (rund 6300) besucht hätten. Die nicht repräsentativen

Beobachtungen des RPA deckten sich mit den Zahlen für Landshut- und Skulpturenmuseum. Die „auffallend hohen Besucherzahlen“ in der Heiliggeistkirche konnte man indes nicht bestätigen. Die Erklärung des RPA: Viele Teilnehmer von Stadtführungen werden auch in die Heiliggeistkirche geführt. Da „im Sinne einer wirtschaftlichen Haushaltsführung alle Einnahmelmöglichkeiten ausgeschöpft werden sollten“, empfiehlt das RPA die Einführung von Eintrittsgeldern. Niehoff verzichtet darauf. Auch im Skulpturenmuseum ist seit der Eingliederung der Eintritt frei.

7 Wie funktioniert die Zusammenarbeit?

Auch hier fällt das Urteil des RPA kritisch aus. Die von OB Putz bei der Zusammenlegung geäußerte Hoffnung auf Synergieeffekte hat sich nicht erfüllt. So wurden 2016 vom Skulpturenmuseum Pläne für eine Neuordnung der Skulpturen im Prantlgarten vorgelegt. Die Kosten lagen bei 13000 Euro, die Landesstelle hatte eine Förderung von 6000 Euro bereits ausbezahlt. Mit der Zusammenlegung der Museen wurde die Neuordnung nicht mehr weiterverfolgt, die Zuwendung von 6000 Euro musste zurückbezahlt werden. Desweiteren hat Stefanje Weinmayr als Leiterin des Skulpturenmuseums Förderanträge für Ausstellungen erarbeitet („Franz Weickmann“, „Anton Hiller“, „Marino Marini“), die von Niehoff nicht unterschrieben wurden. Stattdessen wurde „Koenig“ verwirklicht. Laut RPA wusste Weinmayr nichts von den Plänen Niehoffs. Das Amt empfiehlt organisatorische Maßnahmen, um eine bessere Abstimmung der Museumsmitarbeiter zu erreichen. Eine parallele Ausarbeitung von Förderanträgen stelle keine effiziente Arbeitsweise dar.

Beanstandet wurde vom RPA außerdem, dass Niehoff über Monate hinweg die Auskunft verweigert und einen Fragenkatalog nicht beantwortet hat. Von Oberbürgermeister Alexander Putz wird daher verlangt, Niehoff die Weisung zu erteilen, dem RPA umfassend Auskunft zu geben.

Auf LZ-Anfrage waren weder OB Putz noch Museumsleiter Niehoff zu einer Stellungnahme bereit. -ku-